

Zeitschriften-Spiegel

„Zeitschrift für Parlamentsfragen“

Die Feststellung, daß die Mehrzahl der Staatsbürger über die Arbeit des Bundestags nur mangelhaft unterrichtet ist, ist ein Gemeinplatz. Aber auch Leute, denen von Berufs wegen die Einzelheiten legislatorischer Tätigkeit bekannt sein sollten, müssen sich hin und wieder die kritische Bemerkung gefallen lassen, sie wüßten zuwenig vom Wesen parlamentarischer Arbeitsweise: so wenn Parlamentarier Journalisten rügen, die von gähnender Leere im Plenum berichten, ohne die gleichzeitig stattfindenden Ausschußsitzungen zu erwähnen.

Jedenfalls ist selten vom Parlamentarismus in der Bundesrepublik die Rede, ohne daß die Notwendigkeit des stärkeren Hineinwirkens der Legislative in das öffentliche Bewußtsein betont wird. Dazu ist zunächst einmal eine genauere Information über Fakten notwendig, sodann die kritische Analyse des Stellenwerts der Parlamente im politischen Prozeß der Bundesrepublik.

Seit Juni 1970 (Jahrgang 1, Heft 1) gibt es eine wissenschaftliche Zeitschrift, die genau diesem Themenkreis gewidmet ist: die *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, herausgegeben von der *Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen* und vierteljährlich erscheinend im Westdeutschen Verlag, Köln und Opladen.

Zunächst zu den Herausgebern. Die von Wissenschaftlern, Politikern und Journalisten Anfang 1970 gegründete „Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen“ wird von Dr. *Hans Apel* (Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion), einer ihrer maßgeblichen Initianten, wie folgt vorgestellt:

„ . . . Die Periode der unreflektierten Bejahung unserer politischen und parlamentarischen Institutionen und Prozesse geht zu Ende. Politische Praktiker klagen, daß manche Kritik einfach deshalb unbrauchbar sei, weil ihr als Grundvoraussetzung das genaue Faktenwissen fehle. Wissenschaftler, Pädagogen und Journalisten klagen, daß die politischen Prozesse nicht durchsichtig genug seien, wie es einem demokratischen Gemeinwesen eigentlich zustehe. — Die Parlamentarier auf der Ebene des Bundes und der Länder klagen, daß sie zu häufig im Schatten der jeweiligen Regierung stünden . . . AU das führte dazu, daß sich Wissenschaftler, aktive Politiker und Journalisten zusammenfanden, um nach dem Beispiel traditionsreicher Institutionen im Ausland eine ‚Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen‘ zu gründen. Hier kann die notwendige kritische Diskussion in Unabhängigkeit geführt werden. Die Vereinigung will also keine Plattform zur Verteidigung, sondern, wenn man schon ein Etikett braucht, zur kritischen Analyse und Weiterentwicklung des parlamentarischen Systems in Richtung humanerer und sozialerer Ordnung sein.“ (Heft 1, S. 4.)

Dies soll in intensivem Austausch zwischen Wissenschaftlern, politischen Praktikern und Publizisten geschehen, durch öffentliche Veranstaltungen, durch Seminare und durch die „Zeitschrift für Parlamentsfragen.“ Vorsitzender der Vereinigung ist Dr. *Apel*, dem Vorstand gehören an: Dr. *Rolf Zundel* (*Die Zeit*), Dr. *Friedrich Karl Fromme* (FAZ), *Harald O. Hermann* (Korrespondent der *Berliner Morgenpost*); die Bundestagsabgeordneten Dr. *Karl Otto Lenz* (CDU), *Werner Mertes* (FDP), Prof. Dr. *Ralf Dahrendorf* (FDP), ferner die Professoren *Ellwein*, *Maier* (München), *Stefani* (Hamburg), *Quaritsch* (Berlin.)

Die Zeitschrift wird von den Hamburger Politologen *H. J. Winkler*, *Udo Bernbach*, *Franz Nuscheier* und *Uwe Thaysen* redigiert.

Der Aufbau der zwei bisher vorliegenden Ausgaben (Null-Nummer vom Dezember 1969 und Heft 1, Juni 1970) ist eine Kombination der Vorzüge zweier Vorbilder; des amerikanischen *Congressional Quarterly*, mit seinen Dokumentationen und Trendanalysen, und der

britischen *Parliamentary Affairs* mit Aufsätzen und Kurzanalysen. Entsprechend enthalten beide Hefte zunächst einen umfangreichen Dokumentationsteil (vergleichende Statistiken der fünf ersten Legislaturperioden des Bundestages nach Plenarsitzungen, Ausschusssitzungen, Hearings, Ältestenratssitzungen etc; eine Übersicht über die Änderungen der Bundestagsgeschäftsordnung im Zuge der „Kleinen Parlamentsreform“ von 1969; eine Übersicht über die Hilfsdienste der Fraktionen und die neuen Assistenten der Abgeordneten; vergleichende Darstellung der Regelungen betreffend die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat in den einzelnen Bundesländern; Aufzählung der Einsprüche gegen die Gültigkeit der Bundestagswahl von 1969 u.v.a.m.).

Die Null-Nummer enthält an Aufsätzen überwiegend Nachdrucke, darunter die in Heft Nr. 4, 1969 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* veröffentlichten „Vier Thesen über Parlamentsreform“ von *Thomas Ellwein*. *Heinz Rausch* und *Heinrich Oberreuter* geben einen Überblick über ihre von der Stiftung Volkswagenwerk unterstützte Untersuchung zum Selbstverständnis der Bundestagsabgeordneten. Heft 1 ist mit zwei Aufsätzen der Institution der Parlamentarischen Staatssekretäre gewidmet.

Aussagen über den zukünftigen Trend der Zeitschrift lassen sich nach Vorlage zweier Ausgaben noch nicht machen. Eins scheint jedoch festzustehen: die These vom Funktionsverlust der Parlamente in der Bundesrepublik wird gestützt durch Thematik und Gehalt der bisher in dieser Zeitschrift vorgelegten Arbeiten. Bezeichnend ist, daß von den drei Hauptaufsätzen der Nummer 1 sich keiner mit der Legislative im engeren Sinn befaßt, sie sind den Parlamentarischen Staatssekretären, die zu festen Bestandteilen der Exekutive geworden sind, bzw. der Bundestagswahl 1969 gewidmet.

Mit der Vorstellung, ein Parlament sei in erster Linie dazu da, Gesetze zu machen, hat bereits vor hundert Jahren der englische Verfassungstheoretiker *Walter Bagehot* aufgeräumt, auf den man sich in Sachen Parlamentarismus hierzulande gern beruft. Für Bagehot stand die Wahlfunktion an erster Stelle, also die Aufgabe des Parlaments, aus seiner Mitte eine Regierung hervorzubringen. Die von *Udo Bernbach* in Heft 1 der *Zeitschrift für Parlamentsfragen* zusammengestellte Dokumentation über die 17 Tage der Regierungsbildung 1969 macht jedoch die Nichtbeteiligung der Fraktionen am Zustandekommen der Regierung *Brandt/Scheel* überaus deutlich; zumindest was die SPD anbelangt, waren die Koalitionsverhandlungen fast ausschließlich Angelegenheiten der Partei- und Fraktionsführung.

Zu den interessantesten Arbeiten in Heft 1 gehört die Besprechung der bei Piper erschienenen Sammlung von 24 Aufsätzen parlamen-

tarischer Praktiker „Der Bundestag von innen gesehen“. Uwe Thaysen wendet in seiner Rezension dieses Bandes Bagehots Kategorien der *dignified* und der *efficient parts of the constitution* an und fragt, ob es auch in Bonn zwei Bereiche von Herrschaftsinstitutionen gibt, einen „ehrwürdigen Bereich“ und einen „effektiven Bereich“. Thaysen schreibt:

„Danach fände ein *more efficient part* der Palamentsarbeit im Bundestag — arbeitsrhythmisch während der Tagungszeit auf die Spanne von Montag früh bis Mittwoch früh konzentriert — vorwiegend in der ersten, nicht öffentlichen Hälfte der Woche statt: Er vollzieht sich u. a. in Sitzungen und beim regelmäßigen Mittagessen (Montag, 12.15 Uhr) des Ältestenrats; in den Sitzungen der Fraktionsarbeitskreise und -vorstände; in den Zusammenkünften des ‚Elferrates‘ der CDU/CSU-Fraktion; in den vorangehenden ihrer bayrischen CSU-Landesgruppe; in den regelmäßigen Gesprächen (Dienstag, 8.30 Uhr, noch vor der Fraktionsvorstandssitzung und vor der Sitzung der Fraktion!) eines ‚engeren Vorstands‘ der SPD (zählt man genauer, möchte man sagen: deren ‚Achterrat‘), von dem *Manfred Schulte*, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, lakonisch feststellt, daß dieser ‚in der Geschäftsordnung der SPD-Fraktion nicht enthalten‘ ist und zunehmend als ‚obskur‘ empfunden werde (...); schließlich in dem von der Presse gemeldeten ‚Dienstagsfrühstück‘ der Fraktionsvorsitzenden der großen Koalition *Barzel* (CDU) und *Schmidt* (SPD); und für den VI. Bundestag läßt sich hinzufügen: beim Montagsfrühstück des SPD-Fraktionsvorsitzenden *Wehner* mit dem Chef des Bundeskanzleramts, Minister *Ehmke*, (regelmäßig Montag, 7.30 Uhr) sowie beim Mittagessen des ‚Schaumburger Kreises‘ (ebenfalls montags), an dem die Kabinettsmitglieder und die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien, *Wehner* und *Mischnick* (FDP) teilnehmen.

Die verbleibende, partiell öffentliche Hälfte der parlamentarischen Arbeitswoche könnte man sodann als tendenziell *more dignified part* kennzeichnen. Diese Hälfte ist schwerpunktmäßig mit Ausschuß- und Plenarsitzungen ausgefüllt.“ (Heft 1, S. 111 f).

Das Ausschußwesen ist nach Thaysen die Nahtstelle, an der der ehrwürdige Bereich in den effektiven Bereich übergeht, getreu der Devise Bagehots:

„Solange wir zwei Bereiche von Institutionen haben — einen ehrwürdigen Bereich mit der Aufgabe, die Vielen zu beeindrucken, einen effektiven Bereich mit der Aufgabe, die Vielen zu regieren — sollten wir Obacht geben, daß die beiden gut zusammenpassen und sollten verhüllen, wo der eine beginnt und der andere endet.“ (Walter Bagehot, *The English Constitution*, London 1963, S. 176).

Wenn sich das Ziel Dr. Apels nach einer „Weiterentwicklung des parlamentarischen Systems in Richtung humanerer und sozialerer Ordnung“ erfüllen soll, wird man den *dignified parts* des bundesdeutschen Parlamentarismus mehr Effizienz wünschen müssen, den *efficient parts* aber mehr Würde, die sie sich in einer Demokratie nur durch Öffentlichkeit, Kontrolle und Mitbestimmung „der Vielen“ erwerben können. Die *Zeitschrift für Parlamentsfragen* kann dazu beitragen, indem sie zunächst einmal unser faktisches Wissen über die von Thaysen angedeuteten Machtstrukturen im Parlament erweitert; man darf also auf die nächsten Hefte gespannt sein.

Claudia Pinl